

## NDB-Artikel

**Maximilian II.** König von Bayern (seit 1848), \* 28.11.1811 München, † 10.3.1864 München. (katholisch)

### Genealogie

Aus d. Geschl. d. Wittelsbacher;

V Kg. Ludwig I. v. B. († 1868, s. NDB 15);

M →Therese Prn. v. Sachsen-Hildburghausen (1792–1854, ev.);

B Otto (1815–67), Kg. v. Griechenland 1832–62, →Luitpold († 1912), Prinzregent (s. NDB 15);

– ♀ München 1842 →Marie (1825–89), T d. Prinzen →Wilhelm v. Preußen (1783–1851), preuß. Gen. d. Kav. (s. ADB 43; Priesdorff III, S. 267–72, P), u. d. Maria Anna Prn. v. Hessen-Homburg;

2 S Kg. →Ludwig II. v. B. (1845–86, s. NDB 15), →Otto (1848–1916), 1886–1913 Kg. v. B. (regierungsunfähig).

### Leben

Am 20.3.1846 wurde M. durch die Abdankung seines Vaters König von Bayern. Bereits durch die Umstände des Thronwechsels waren ihm die beiden großen Aufgaben gestellt, die seine ganze Regierungszeit bestimmen sollten und die er im Grunde nicht bewältigt hat: die Weiterbildung der bayer. Verfassung entsprechend den Forderungen der Öffentlichkeit und die Deutsche Frage. Sehr verdient machte er sich aber auf einem dritten bedeutenden Feld: Wie sein Vater, nur mit anderer Schwerpunktbildung, ging er in die Geschichte ein als der große Förderer von Kultur und Wissenschaft.

Für seinen Beruf als Regent war M. gründlich vorgebildet. Wie schon sein Vater besuchte er die Univ. Göttingen, um dort 1829 Geschichte und Staatsrecht zu hören. →F. Ch. Dahlmann hielt ihm Privatvorlesungen über Politik und deutsche Geschichte. Allgemeine Geschichte hörte der Kronprinz beim Universalhistoriker →Arnold Heeren. Zum Abschluß seines Studiums wählte M. 1830 Berlin, die führende deutsche Universität. Auch hier hörte er vor allem die großen Historiker →F. v. Raumer und →L. v. Ranke. Mit →Ranke hat ihn viel verbunden: die Orientierung des Geschichtsverständnisses an der philosophischen Weltansicht des deutschen Idealismus und die Auffassung vom Staat als dem entscheidenden Träger aller menschlichen Kultur. Von den Münchener Professoren übte vor allem →Schelling nachhaltigen Einfluß auf ihn aus.

Interesse zeigte der Kronprinz auch für Chemie, Astronomie und Geographie. Reisen nach Italien, England, Ungarn, Spanien, in die Türkei und das Heilige Land vervollständigten seine Bildung. Kaum abzuschätzen ist der Einfluß, den der Rankeschüler →Wilhelm v. Doernniges aus Berlin in dieser Zeit auf

ihn gewann. Trotz der Ablehnung durch seinen Vater wählte er ihn noch 1847 zu seinem engsten Berater. Unmittelbar in die Staatsgeschäfte eingeführt wurde der Kronprinz durch den Auftrag, in Würzburg Residenz zu nehmen und damit in Franken den bayer. Staat zu vertreten. In all diesen Jahren bildeten sich, nicht zuletzt auch dank der strengen Erziehungsgrundsätze seines Vaters, zu dem er freilich nie ein vertrauensvolles Verhältnis gewann, hohes Verantwortungsbewußtsein, aber auch eine übersteigerte Wissenschaftsgläubigkeit heraus. Folgenreich für die bayer. Kulturpolitik war dabei die Tatsache, daß der künftige König die bestimmenden Einflüsse seines Lebens auf norddeutschen Universitäten empfing, von norddeutschen Gelehrten, denen die Welt, in der er später zu wirken hatte, fremd war.

*Verfassungsentwicklung und innere Politik.* →Ludwig I. hatte abgedankt, als man von ihm erwartete, daß er, geschwächt wie seine Stellung durch die Affäre mit →Lola Montez war, die freiheitlichen Forderungen der März-Bewegung für die bayer. Verfassung übernehmen würde. Der neue König konnte sich dieser Aufgabe um so weniger entziehen, als Ludwig I. in seiner Proklamation vom 6.3.1848 die wichtigsten dieser Forderungen bereits grundsätzlich gebilligt hatte. Auch den für die Reformgesetze geplanten Landtag hatte noch →Ludwig I. einberufen. So bekannte sich M. in der Proklamation vom 21. und in seiner Thronrede vom 22. März bei der Eröffnung des Reformlandtags ebenfalls zum Reformprogramm, das die Minister dem Landtag mit seiner liberalen Mehrheit von 90 bei insgesamt 151 Abgeordneten vorlegten. Der Landtag dauerte bis Ende Mai und erfüllte die entscheidenden Forderungen, um die bereits seit Jahrzehnten gerungen worden war. Das neue Wahlgesetz berechtigte jeden Staatsbürger, der eine direkte Steuer zahlte, zur Teilnahme an der Wahl. Wählbar war jeder wahlberechtigte Staatsbürger, der das 30. Lebensjahr vollendet hatte. Die entscheidende Neuerung war, daß jetzt jede Bindung der Abgeordneten an Berufs- und Geburtsstand (wie in der Verfassung von 1818) fortfiel; die zweite Kammer war damit zu einer echten Volksvertretung geworden. Durch die Freigabe der Gesetzesinitiative, ausgenommen Gesetze, die das Monarchische Prinzip und die ständige Zivilliste berührten, wurde außerdem das Prinzip der Gewaltenteilung, das die Verfassung bisher nicht kannte, zur Geltung gebracht. Verstärkt wurde die Stellung der Kammer auch durch das Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit, durch welches die Rechtsgültigkeit einer Verordnung an die Gegenzeichnung des zuständigen Ministers gebunden war. Ein säkularer historischer Einschnitt erfolgte vor allem durch das Gesetz über die Aufhebung der patrimonialen Gerichtsbarkeit und die Ablösung der Feudallasten, die Beseitigung der letzten Reste der mittelalterlichen Herrschaftsordnung. Den Abschluß der Reform bildeten Gesetze, die das Versammlungs- und Vereinsrecht regelten sowie die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege und den Fortfall der Zensur brachten. Die Trennung von Justiz und Verwaltung wurde in Aussicht gestellt, aber erst 1861 durchgeführt. Besonders wichtig war die Garantie der Unabsetzbarkeit der Richter. Die Gleichheit aller vor dem Gesetz wurde durch die Aufhebung aller privilegierten Gerichtsstände verwirklicht. Den auf der Freisinger Konferenz von 1850 stürmisch zum Ausdruck gebrachten Wünschen des bayer. Episkopats nach Beseitigung der Widersprüche zwischen dem Religionsedikt, das mit seiner strengen Etablierung der staatlichen Hoheitsrechte über die Kirche ein Teil der Verfassung war, und dem Konkordat

von 1817 entsprach M. nicht. Nur eine Milderung der Handhabung des königlichen Placet stellte er 1852 in Aussicht. Die Herstellung der vollen kirchlichen Freiheit erfolgte erst 1918.

Der König fügte sich nur ungerne der Beschränkung seiner Macht durch die Märzgesetze. An der Regierung aus dem Kabinett änderte sich trotz der Ministerverantwortlichkeit nichts. Das Gesetz hatte keine Folgen bei einem Mißtrauensvotum der Kammer vorgesehen, so daß der Minister nach wie vor allein vom Vertrauen des Monarchen abhängig war, das heißt, dessen Politik vertreten mußte, wer auch immer sie anregte. Das waren unter M. bis zuletzt sog. „unverantwortliche Ratgeber“; entschieden wurde im Kabinett des Königs, die Minister hatten, wie unter →Ludwig I., die königlichen Entscheidungen auszuführen. Obgleich ein liberaler Minister wie →Ludwig Frhr. v. der Pfordten sich 1849-59 im Amt halten konnte, war es ihm doch nicht möglich, abgesehen von Bereichen der auswärtigen Politik, die Grundlinien der Politik zu bestimmen; dem Landtag war er nicht liberal, dem König und den eigenen Kollegen nicht reaktionär genug. Daß ausgerechnet unter seinem konservativen Nachfolger →Karl Frhr. v. Schrenck-Notzing 1861 das Reformprogramm zu Ende geführt werden konnte, war das Ergebnis des parlamentarischen Widerstands gegen die Regierungsweise in den Jahren bis 1859.

1861 wurde auch das große Sozialprogramm des Königs in Angriff genommen, das nicht nur die Armenfürsorge einschloß – ein ganz persönliches, auch unter eigenen Opfern festgehaltenes Anliegen des Königs –, sondern das auch den Versuch darstellte, die soziale Fürsorge institutionell zu verankern und durch Arbeitsbeschaffung auf Dauer wirksam zu machen.

*Die deutsche Politik.* Hatte der König in der inneren Reformpolitik trotz mancher Widerstände den wesentlichsten Anliegen der Zeit weithin Rechnung getragen, so verschloß er sich in der Frage der deutschen Einheit jeder Lösung, die den Deutschen Bund, den Garanten der eigenen Souveränitätsrechte wie der Selbständigkeit des Königreichs, hätte gefährden können. Damit widersetzte er sich aber jener Lösung im Sinne der Frankfurter Nationalversammlung, die auch von großen Teilen der bayer. Bevölkerung, vor allem in Franken, Schwaben und der Pfalz, begeistert begrüßt worden war. Als am 23.4.1849 Bayern die Annahme der Reichsverfassung vom 28. März ablehnte, kam es deshalb in Neubayern zur Krise: Franken schien auf die Trennung vom Königreich zuzusteuern, in der Pfalz kam es zum Aufstand, der erst durch preuß. Truppen niedergeschlagen werden konnte. →Carl Frhr. v. Closen war es, der zum ersten Mal die Trias-Idee, den Zusammenschluß der Mittel- und Kleinstaaten als Gegengewicht zu Österreich und Preußen, zum Gegenstand politischer Initiative machte. →Wilhelm v. Doenniges hatte der Trias-Idee jene Form gegeben, in der sie in Frankfurt vertreten worden war: Ihr Kern war der Führungsanspruch Bayerns im Reigen der deutschen Mittelstaaten. Als Instrument zur Verwirklichung faßte Doenniges ein dreiköpfiges Direktorium ins Auge, neben Österreich und Preußen also auch Bayern; die deutschen Staaten sollten vertreten sein durch ein Staatenhaus, die Mitwirkung der Volksvertretung sollte im Volkshaus erfolgen. Die Nationalversammlung wollte aber nicht eine weitere Aufsplitterung der nationalen Macht, sondern

ihre Konzentration, deshalb wählte sie am 28. März →Friedrich Wilhelm IV. zum Erbkaiser; das hätte den Ausschluß Österreichs aus dem neuen Gebilde bedeutet, vor allem die Mediatisierung der Einzelstaaten. Die Ablehnung der Reichsverfassung durch Bayern ergänzte der neue bayer. Minister des Auswärtigen v. der Pfordten durch einen neuen Verfassungsplan, der wieder ein mehrköpfiges, kollegial geleitetes Direktorium neben einer frei gewählten Nationalversammlung vorsah. Die politische Wirklichkeit war jedoch beherrscht von den preuß. Unionsplänen. Diese scheiterten weniger an der Weigerung Bayerns, beizutreten, als an der Wiedererstarkung Österreichs 1849 nach dem Sieg über die Revolution. Als Fürst →Schwarzenberg, der neue Leiter der österr. Politik, Anfang September 1850 zur Wiederbeschickung des Bundestages aufforderte, trat Bayern alsbald Österreich zur Seite. Unter Mithilfe Bayerns und unter bestimmendem Beistand Rußlands gelang es Schwarzenberg im November 1850, Preußen im Vertrag von Olmütz zur Aufgabe der Unionspläne und zur Rückkehr zum Deutschen Bund zu zwingen. In keiner Phase der Entwicklung, die viele Möglichkeiten zum Ansatz für eigene Pläne geboten hätte, hat v. der Pfordten wirklich versucht, die Trias-Idee zur Geltung zu bringen. Auch die Bereitschaft der deutschen Mittelstaaten, der drohenden Kriegsgefahr durch einen engeren Zusammenschluß zu begegnen, nützte →v. der Pfordten während der von ihm zum 5.5.1854 einberufenen Konferenz zu Bamberg nicht nachdrücklich aus. Damit hatte er der harten, auf den Krieg zusteuern Politik Österreichs keine eigenen Machtmittel entgegenzusetzen; ohne die preuß. Opposition gegen den österr. Mobilisierungsantrag vom 8.2.1855, der sich Bayern dann anschloß, wäre auch Mitteleuropa in den Krimkrieg hineingezogen worden. Eine zielstrebige militärische Rüstung wie in Preußen blieb in Bayern völlig aus, und zwar nicht nur wegen des Widerstands der Volksvertretung. Weder der Minister noch der König sahen, daß zu einer Politik des Status quo kaum weniger Macht gehörte als zu einer expansiven Politik. Daß der König selbst hinter dieser Politik stand, zeigt sein 1860 geäußertes Entschluß, anlässlich der Militärkonvention der Mittelstaaten zu Würzburg, im Krisenfall den Oberbefehl über die Streitkräfte der Mittelstaaten zu übernehmen, wie auch 1861 sein Gespräch mit dem preuß. König, in welchem er vergebens für die Tolerierung der Trias-Pläne eintrat.

Das Ergebnis dieser Politik war, daß in allen Krisen der Folgezeit der bayer. Standpunkt nicht durchzusetzen und der Deutsche Bund den beiden Großmächten gegenüber zu keiner eigenen Politik in der Lage war, weder 1859, als Österreich den Krieg mit Frankreich um die Lombardei verlor, noch beim Ringen um den Beitritt Österreichs zum Zollverein 1862, obwohl sich M. in seiner Thronrede vom 23. Juli entschieden gegen den preuß.-franz. Handelsvertrag und den dadurch besiegelten Ausschluß Österreichs aussprach. Vergebens waren auch die Bemühungen M.s im August 1863, den preuß. König entgegen dem Willen →Bismarcks zur Teilnahme am Frankfurter Fürstentag und damit zur Mitarbeit an einer Bundesreform im großdeutschen und förderalistischen Sinn zu bewegen. Mit der Absage Preußens an diesen Plan des österr. Ministers Graf →Schmerling, der auf dem Plan →v. der Pfordtens von 1850 basierte, war die Reform des Bundes gescheitert und sein Untergang nicht mehr aufzuhalten; eingeleitet wurde er durch den Ausschluß des Bundes bei der Entscheidung über das Schicksal Schleswig-Holsteins 1864. Die letzte öffentliche Stellungnahme des Königs, der dafür aus Italien herbeieilte, wo

er zur Wiederherstellung seiner angegriffenen Gesundheit weilte, galt der Respektierung der Autorität des Deutschen Bundes und der legitimen Rechte des Hzg. →Christian von Augustenburg, des Anwärters auf die Nachfolge in den beiden Fürstentümern, die durch den Tod ihres bisherigen Inhabers, des dän. Königs →Friedrich VII., erledigt war. Die machtlosen Mittelstaaten wurden durch Preußen unter Führung →Bismarcks und durch Österreich unter Führung Rechbergs einfach übergeben. Die Trias-Politik war damit endgültig gescheitert, sicher auch an der Eifersucht der übrigen Königreiche, in erster Linie aber wohl an der unentschiedenen Haltung Bayerns, dessen König auch nach 1859 in seiner deutschen Politik dem Rat →v. der Pfordtens folgte, der jetzt Bundestagsgesandter zu Frankfurt war. Die Weichen waren damit bereits für die Entscheidung von 1866 gestellt.

*Kulturpolitik.* Der Name M.s wird immer mit seinen großen Leistungen auf dem Gebiete der Kulturpolitik verbunden sein. Gefördert wurde nicht, wie unter →Ludwig I., in erster Linie die Kunst, sondern die Wissenschaft, aber auch das gesamte Schulwesen, nicht zuletzt auch die schöne Literatur. Um die Berufungen an die Akademie und die Universität kümmerte sich M. stets persönlich. So entschloß sich der König, eine neue geschichtliche Professur ins Leben zu rufen, der eine große wissenschaftliche, aber auch eine große nationalpolitische Bedeutung zukommen sollte. Nachdem →Ranke abgesagt hatte, wurde dessen Schüler →H. v. Sybel berufen. Dieser gründete das Historische Seminar, rief die Historische Zeitschrift ins Leben und trat sofort in ein enges Verhältnis zum König, dem er zahlreiche Gutachten lieferte und Auskunft über historische und politische Fragen gab. Daß er allerdings 1861 in einer Denkschrift M.s Trias-Politik schonungslos verurteilte, machte seine Stellung in München unhaltbar; er ging nach Bonn. Die Wahl des Königs fiel nun auf den Rankeschüler →W. v. Giesebrecht, den Geschichtsschreiber der deutschen Kaiserzeit. Aus seiner Schule sind →Heigel, →Riezler und →Simonsfeld hervorgegangen. Mit ihm und →Sybel war die historisch-kritische Schule in München begründet. – Im Zusammenwirken mit →Ranke rief der König 1858 auch die Historische Kommission ins Leben. In ihr wurden die bedeutendsten deutschen Historiker zur Durchführung großer Gemeinschaftsaufgaben zusammengeführt. Zu ihren ersten Aufgaben gehörte die Edition der deutschen Reichstagsakten und der mittelalterlichen Chroniken der deutschen Städte; auch die Pflege der Stadtgeschichtsschreibung war dem König ein aktuelles Anliegen. Zu seinen in die Zukunftweisenden Verdiensten ist auch zu rechnen, daß er dem Kulturhistoriker →W. H. Riehl einen Wirkungskreis an der Universität eröffnete. Für Bayern erwarb sich Riehl ein besonderes Verdienst durch die Redaktion des Sammelwerkes „Bavaria“, einer für ihre Zeit vorbildlichen umfassenden Landes- und Volkskunde von Bayern. Der Gedanke stammte vom König selbst, der Titel, Gliederung und Stoffanordnung selbst bestimmt hatte. Er versprach sich von der Besinnung auf die eigene Art und das eigene Wesen, unter deren Äußerungen er nicht zuletzt auch die volkstümliche Tracht und die Pflege der Volksmusik rechnete, eine Hebung des Nationalgefühls. Auch die Gründung des Bayer. Nationalmuseums in der Münchener Maximilianstraße, erbaut 1856-63, diente durch das Sichtbarmachen von Geschichte dieser Absicht.

Neben der Historischen Kommission stand eine Naturwissenschaftlich-technische Kommission, die der Forschung auf dem immer wichtiger werdenden Gebiet der Technik diente. Auch dieser Entwicklung galt das brennende Interesse des Königs. Persönlichen Anteil nahm er an der Berufung des Chemikers →Justus Liebig, der damals auf der Höhe seines Ruhmes stand, an die Münchener Universität. Von größter Bedeutung wurde die Förderung des genialen →Max v. Pettenkofer, der zum Begründer der modernen Hygiene wurde. Die juristische Fakultät wurde durch den großen Schweizer Staatsrechtslehrer →Joh. Caspar Bluntschli ergänzt.

Die Berufungspolitik des Königs trägt besonders eigenwillige Züge auf dem Gebiet der schönen Literatur. Zum ersten Mal seit Kurfürst →Maximilian I. kann man wieder von einem Münchener Dichterkreis sprechen; seine Formung war allein das Werk des Königs. Er berief u. a. →Emanuel Geibel, →Paul Heyse, →Friedrich v. Bodenstedt, →Wilhelm Hertz, →Felix Dahn und →Martin Greif, setzte ihnen Pensionen aus und sicherte so ihr ungestörtes Schaffen. Da sich freilich die Berufungspolitik des Königs zur Hauptsache auf Dichterpersönlichkeiten aus dem deutschen Norden erstreckte, die in München aus einer gewissen Isolation nie herauskamen, erreichte er die angestrebte Wirkung nur zum Teil.

Unmittelbar in Konkurrenz zu seinem Vater trat M. auf dem Gebiet der Kunst. Er förderte Maler, Bildhauer, auch das Kunsthandwerk; zur Weltausstellung 1854 wurde als Ausstellungsgebäude der Glaspalast geschaffen. Seine kühnen Pläne zur Begründung eines eigenen Baustils, des „Maximilianstils“, die 1850 anlässlich eines von ihm ausgehenden Preisausschreibens mit dem Thema „Nationale Neugestaltung der Architektur“ an die Öffentlichkeit traten, konnten zwar nur teilweise verwirklicht werden, hinterließen jedoch bedeutende architektonische Zeugnisse von M.s Baugesinnung. Mit der Maximilianstraße, einem Straßenraum ganz anderer Art, als ihn Klenze mit der majestätischen Ludwigstraße geschaffen hatte, nach Vorbildern vor allem aus London gestaltet, schloß der König seine Residenz an die aufstrebenden Vorstädte im Osten und an die Isar an, und wie sein Vater in der Ludwigstraße, so bestimmte auch er die Bauform der Gebäude bis in Einzelheiten hinein. Sein Ideal war ein Baustil, der alle großen Formen der Vergangenheit in vollkommener Harmonie vereinigen sollte, auf der Grundlage freilich der gotischen Architektur, vor allem in ihrer englischen Ausprägung im Tudor-Stil. Sein Schloß Hohenschwangau und das Palais an der Briener Straße (zerstört) hatte er noch als Kronprinz in diesem Stil erbauen lassen, die Maximilianstraße sollte die Vollendung bringen. Der wichtigste Architekt M.s war →Friedrich Bürklein, von dem auch die Pläne zum krönenden Abschluß der Straße stammen, dem Maximilianeum auf der Isarhöhe, das erst 1874 vollendet wurde.

Nicht bloß die gelehrte Bildung sollte gehoben werden, M. nahm auch eine Reform des gesamten Schulwesens in Angriff. Es entstand eine Neuordnung der Lateinschulen und der Gymnasien, im Schullehrernormativ von 1857 wurde die sog. Präparandenschule neu organisiert, die auf den zweijährigen Besuch des Lehrerseminars vorbereitete. Für beide Ausbildungsstätten der künftigen Volksschullehrer wurden Lehrziel und Lehrplan genau umrissen. Auch die Gewerbeschulen, die bisher den Gemeinden oder Kreisen unterstanden,

erhielten durch die Schulordnung von 1864 den Charakter von öffentlichen Bildungsanstalten. Gleichzeitig wurden die polytechnischen Schulen aufgehoben und die Technische Hochschule München, die 1868 eröffnet wurde, geschaffen.

Ein Lieblingsgedanke des Königs war die Auslese und Förderung der Begabten. Seine Idee war das „Maximilianeum“, eine hochdotierte Stiftung, für welche das Stiftungskapital aus dem Privatvermögen M.s stammte. Im Maximilianeum sollte eine Elite des Beamtentums herangezogen werden. Auf Vorschlag von →Doenniges und →Ranke stiftete der König dann 1853 den Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst. Die Mitglieder erhielten „Hofzutritt“. Das bedeutete eine rangmäßige Anerkennung für Gelehrte und Künstler. Diesem Orden gehörten die bedeutendsten Gelehrten der Münchener Universität an, dazu die großen Münchener Künstler und Musiker; etwa die Hälfte der Mitglieder entstammte dem übrigen Deutschland. Zu seiner Erholung und Zerstreung, aber auch zu Anregung und Belehrung, vor allem zur Aussprache über seine kulturpolitischen Pläne, versammelte M. seit 1854 wöchentlich das geistige München um sich, besonders die nach München berufenen Gelehrten, Dichter und Künstler. Die Geladenen selbst nannten diese Zusammenkünfte „Symposien“. Nie war der Rang von Kunst und Wissenschaft in Bayern so hoch angesetzt wie unter M.

Als M. am 10.3.1864 starb, verlor Bayern einen König, dem es in kultureller Hinsicht sehr viel zu verdanken hatte, der voll besten Willens war, seinem Volk mit letzter Hingabe zu dienen, der in vieler Hinsicht dem Geist der Zeit klug und entschieden Rechnung zu tragen wußte, der aber, ein Mann größter Gewissenhaftigkeit und edelsten Strebens, überfordert war durch die Krise, in die Bayern, der Deutsche Bund und ganz Europa im Zeichen des heraufkommenden nationalen Imperialismus geraten war.

## **Literatur**

ADB 21 (K. Th. v. Heigel);

G. Müller, Kg. M. II. v. B. u. d. soz. Frage, 1964;

W. D. Grüner, Die Würzburger Konferenzen d. Mittelstaaten in d. J. 1859-61 u. d. Bestrebungen z. Reform d. Dt. Bundes, in: ZBLG 36, 1973, S. 181-253;

H. Körner, Der bayer. Maximilians-Orden f. Wiss. u. Kunst u. s. Mitglieder, ebd. 47, 1984, S. 299-396;

E. Weis, Die Trennung v. Justiz u. Verwaltung b. d. bayer. Unterbehörden 1861, ebd. 50, 1987, S. 749-66;

W. Hartinger, Kg. M. II. u. d. bayer. Volkskultur, ebd. 52, 1989;

B. Mößle, Bayern auf d. Dresdener Konferenzen 1850/51, Pol., staatsrechtl. u. ideolog. Aspekte e. gescheiterten Vfg.revision, 1972;

H. Rumpler, Die dt. Pol. d. Frhr. Frdr. Ferd. v. Beust 1848/50, 1972;

Hdb. d. Bayer. Gesch. IV, 1974, hrsg. v. M. Spindler, S. 228-52 (H. Rall, Pol.

Gesch.), S. 1105-12 (H. u. K. Pörnbacher, Lit.), S. 1182-88 (W. Messerer, Kunst);

E. Ursel, Die bayer. Herrscher v. Ludwig I. bis Ludwig III. im Urteil d. Presse nach ihrem Tode, 1974;

A. Huth, Pressefreyheit od. Censur, Slaatl. Pressepol. u. pol. Schrifftum in Würzburg u. Unterfranken zw. Rev u. Reaktion (1847-50), 1975;

G. Fey, Bayern als größter dt. Mittelstaat im Kalkül d. franz. Diplomatie u. im Urteil d. franz. Journalistik 1859–66, 1976;  
G. Kirzl, Staat u. Kirche im bayer. Landtag z. Z. M.s II. (1848–64), 1978;  
W. Grab (Hrsg.), Die Rev. v. 1848/49, Eine Dokumentation, 1980;  
A. Kraus, Bayer. Gesch., 1982, S. 493-518;  
A. Hahn, Der Maximilianstil in München, Progr. u. Verwirklichung, 1982;  
H. Glaser, Zwischen d. Großmächten u. Mittelstaaten, Über einige Konstanten d. dt. Pol. Bayerns in d. Ära v. d. Pfordten, 1982, S. 140-88;  
ders., Die Rechnung mit Österreich, Aus d. Gutachten d. Berater Kg. M.s II. 1848/49, in: Festgabe f. M. Spindler z. 90. Geb.tag III, 1984, S. 223-60;  
M. Dirrigl, M. II., Kg. v. B., 1848–64, 2 Bde., 1984;  
B. Schröder, Die Initiative M.s II. z. Stadtgesch.schreibung, in: Festschr. f. H. Stoob I, 1984, S. 417-55;  
A. Meyer, Der Zollver. u. d. dt. Pol. Bismarcks, 1986;  
H. Gollwitzer, Ludwig I. v. Bayern, 1986;  
M. Brünner, Die Hofges., d. führende Ges.schicht Bayerns während d. Regierungszeit Kg. M.s II., 1987;  
A. Kraus, Die wirtsch., gesellschaftl. u. kulturelle Bedeutung d. Residenzstadt München, in: Bll. f. dt. Landesgesch. 123, 1988 (L);  
M. II. v. Bayern 1848-1864, hrsg. v. Haus d. Bayer. Gesch., 1988 (P);  
Ingolf Bauer, Kg. M. II., s. Volk u. d. Gründung d. Bayer Nat.mus., in: Bayer. Jb. f. Volkskde. 1988, S. 1-38.

### **Autor**

Andreas Kraus

### **Empfohlene Zitierweise**

Kraus, Andreas, „Maximilian II.“, in: Neue Deutsche Biographie 16 (1990), S. 490-495 [Onlinefassung]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118579347.html>



## ADB-Artikel

**Maximilian II.**, König von *Baiern*, geb. am 28. November 1811, † am 10. März 1864. Er verlebte die Jugendtage in Innsbruck, Salzburg und Würzburg, wo der Vater, Kronprinz Ludwig, abwechselnd das Amt eines Gouverneurs inne hatte. Die ersten Lehrer waren der von Sailer empfohlene Mac Iver aus dem Schottenkloster zu Regensburg, für welchen Ludwig 1817 eine originelle, vor Allem die deutschnationalen Fürstenpflichten betonende Instruction entwarf, der nachmalige Bibliothekvorstand Lichtenthaler, Professor Erhard und Hauptmann von Hohenhausen. Im Herbst 1829 bezog der Prinz die Universität Göttingen, die sechsundzwanzig Jahre früher auch den Vater zu ihren Schülern gezählt hatte. M. oblag den Studien mit jenem gewissenhaften Fleiß, welcher ihm sein ganzes Leben lang eigen, ja der am schärfsten ausgeprägte Zug seines Wesens war; der Culturhistoriker Riehl, der viele Jahre hindurch Gelegenheit hatte, die Eigenart seines fürstlichen Gönners zu ergründen, sagt: „Er hatte nur *eine* Leidenschaft: zu *lernen*.“ Schon in jungen Jahren schloß er sich am liebsten an Männer der Wissenschaft an, und die Achtung vor Gelehrsamkeit ließ ihn die Schwächen der Gelehrten-Kaste großmüthig übersehen. Es war nicht blos ein Compliment, wenn er später einmal zu Bluntschli sagte: „Wäre ich nicht in einer Königswiege geboren, so wäre ich am liebsten Professor geworden.“ Mit besonderer Vorliebe studirte er Geschichte, welche zu Göttingen in Heeren und Dahlmann vortreffliche Vertreter hatte. In dieser Neigung wurde er von seinem Vater ermuntert. „Ich bin erfreut“, schrieb derselbe, „daß du dich so fleißig mit Geschichte abgibst: sie soll des Fürsten Brevier sein.“ Dagegen sah König Ludwig nur mit Mißbehagen, daß auf seinen Sohn der protestantische Geist, in welchem die Göttinger Lehrer die Geschichte auffaßten, überraschend tiefen Eindruck machte. M. selbst erzählte später wiederholt, wie mächtig er durch Heeren's Vorlesung über Reformationgeschichte ergriffen worden sei, um so mächtiger, da diese Epoche in seinem früheren Religions- und Geschichtsunterricht nur cursorisch behandelt worden war. Die protestantische Anschauung erschien ihm nunmehr so verehrungswürdig, daß er in jugendlichem Drange das Für und Wider einer Convertirung erwog. Mit Recht warnte Dahlmann vor einem entscheidenden Schritt, der für den jungen Fürsten verhängnißvoll werden konnte; mit Unrecht trug man in manchen Kreisen jene den Jüngling ehrenden Gewissenskämpfe auch noch dem reifen Mann, dem König, nach. Denn obwol ein entschiedener Gegner des curialistischen Systems, war er der katholischen Kirche treu ergeben; als Beweis möge der folgende wohlverbürgte Vorgang gelten. Als an M. die Versuchung herantrat, sich der durch den Verfassungseid übernommenen Verpflichtung zu entledigen, richtete er an den damaligen Erzbischof von München-Freising, P. Gregor Scherr, die Frage, ob sich ein Staatsstreich mit den Vorschriften des Gewissens und der Kirche vereinigen lasse. Als der Erzbischof diese Möglichkeit entschieden bestritt, opferte M. sofort der besseren Ueberzeugung des Kirchenfürsten die Wünsche des weltlichen Souveräns. (Döllinger.) Im Herbst 1830 begab sich der Prinz nach Berlin, um unter Raumer's und Ranke's Anleitung seine Studien fortzusetzen. Er wurde am preußischen Hofe ein willkommener Gast, und zwischen den beiden Kronprinzen knüpfte sich in jener Zeit ein Freundschaftsbündniß, das alle

nachmaligen Verstimmungen zwischen den beiden Regierungen überdauerte. Auch dem damaligen Docenten an der Berliner Hochschule, Dr. Dönniges, schenkte M. seine Freundschaft; der lange dauernde Einfluß Dönniges' auf den König ist auf jene Berliner Tage zurückzuführen. Ebenso dem Wunsche des Vaters, wie dem Herzensdrang folgend ging M. nach Ablauf der Studienzeit nach Italien. Sein Interesse weckten insbesondere diejenigen Stätten, an welche sich historische Erinnerungen knüpften. Der Bildhauer Martin Wagner, von König Ludwig beauftragt, den Kronprinzen während des Aufenthalts in Rom zu beobachten, konnte die Belesenheit und die Wißbegierde des jugendlichen Gastes auf Villa Malta nicht genug rühmen. Dagegen berichtet er verdrießlich, daß sich der Prinz vor dem — freilich hie und da ausgelassenen — Treiben der deutschen Künstlerkolonie scheu zurückziehe. Vielen durch Natur oder Kunst geweihten Stätten widmete M. innig empfundene Verse. Er dachte von seiner poetischen Begabung nicht gering und war auch Willens, seine Gedichte zu veröffentlichen; dennoch ließ er, als Geibel freimüthig abrieth, „der besseren Einsicht sich fügend“, den Plan fallen. Denn geistig ungemein regsam, von ebenso vielseitiger, wie gründlicher Bildung, auch voll warmer, zuweilen sogar leidenschaftlicher Empfindung, neigte er sich doch gerne fremdem Rath. Eine liebenswürdige, man kann sagen, vornehme Bescheidenheit, der Widerwille gegen alle Ostentation waren ihm angeboren. Zwar fehlte ihm die urwüchsige, schöpferische Kraft des Vaters, aber sein rastloser Fleiß und seine Gewissenhaftigkeit in Allem ersetzten ihm die Genialität. Jedenfalls darf er ein großer Charakter genannt werden, denn wahrhafte Größe quoll „aus dem späteren pflichttreuen Kampf mit sich selbst, aus der Selbstbeziehung, die ihn zur Leidenschaft des Lernens führte und die sich eben so gut in den traulich ernstesten Unterhaltungen mit seinen Poeten und Gelehrten aussprach, wie in dem späteren Umschwung seiner Regierungspolitik“ (Riehl). Von den Münchener Gelehrten gewann vor Allen Schelling durch Form und Inhalt seiner Lehre die Achtung, die Zuneigung des Prinzen. M. empfand schmerzlich den Zwiespalt zwischen exacter und philosophischer Weltanschauung; er erachtete die Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung als nothwendig, aber die Skepsis, die das Christenthum nur zu einer auf einem kleinen Stern sich abspielenden Episode herabwürdigen will, berührte ihn peinlich. Nun glaubte er hochofrenet im Schelling'schen System eine Vermittlung im Streit zwischen der Philosophie und den Naturwissenschaften gefunden zu haben. Er bewunderte den glänzenden Geist, den hohen sittlichen Ernst, die stolze Zuversicht des Philosophen und empfand es wie persönliche Beleidigung, wenn über ihn im anderen Lager unglimpflich geurtheilt wurde. So lange Schelling in München lebte, stand M. mit ihm in innigstem persönlichem Verkehr, und nach Uebersiedlung des Philosophen nach Berlin vermittelte ein vertraulicher Briefwechsel den geistigen Verkehr zwischen Lehrer und Schüler. Schelling's Anregung vor Allem weckte in M. den Plan, dereinst an seinem Hofe eine Heimstätte der Wissenschaft zu gründen. Liebe flößte ihm die Wissenschaft, Achtung die Kunst ein, und er huldigte auf beiden Gebieten Grundsätzen, die zur Uebung des Vaters in diametralem Gegensatz standen. In seinen Jugendjahren bevorzugte er vor allen anderen Stilen den sogenannten gothischen. Zum Verdruß des Vaters bestand er auf dem Wunsche, daß der zum Aufenthalt für den jeweiligen Kronprinzen bestimmte Wittelsbacher-Palast in gothischem Stil gebaut werde. „Im Spitzbogenstil ist der Palast,“ schrieb König Ludwig an Martin Wagner, „der aber weder des

Baumeisters, des verstorbenen Gärtner, Wahl, noch meine war, sondern nach dem Wunsche meines ältesten Sohnes, für den ich ihn bestimmte, im Aeußern und Innern angeordnet und durchgeführt wurde; für Kirchen finde ich ihn geeignet, nicht für uns“. In altdeutschem Geschmack ließ auch der Prinz die 1832 angekaufte Burg Hohenschwangau wiederherstellen. In anmuthigem, von hoch aufragenden Bergen umschlossenen und durch blitzende Seen belebtem Thal unmittelbar an der bairisch-tirolischen Grenze erhob sich die an geschichtlichen Erinnerungen so reiche Burg wieder aus den Trümmern. Bei Ausschmückung der inneren Räume mit Darstellungen aus der Geschichte der ruhmvollen Geschlechter, zu deren Besitz einst Schwangau gehört hatte, der Welsen, Staufer, Schyren und Schwangauer, gab der Prinz selbst für Alles und Jedes genaue Anordnung, so daß die ganze Schöpfung so recht als Ausdruck des Geschmacks und der Sinnesweise des fürstlichen Bauherrn gelten kann. Im friedlich stillen Bergasyl verlebte M. alljährlich die Sommermonate. Er war empfänglich für die Reize der Natur und nur deshalb auch ein Freund des Waidwerks, brachte es ihn doch in unmittelbare Berührung mit der Alpenwelt, die er scherzweise sein „Brückenau und Karlsbad“ nannte. Im Schwanenrittersaal oder auf der „Pindarhöhe“ am Alpsee versammelte sich nicht selten ein erlesener Kreis. Thiersch recitirte griechische Verse; der „Fragmentist“ gab Reiseerinnerungen zum Besten, Ranke brachte in geistsprühendem Vortrag weltgeschichtliche Episoden zur Anschauung. „Er ist ein Edelmann im wahren Sinne des Wortes,“ urtheilt Fallmerayer, den Niemand byzantinischer Schönfärberei bezichtigen wird, über den Kronprinzen, „ein seltener Seelenadel durchoringt all sein Thun und Handeln, und er besitzt Eigenschaften, die ihn ganz zum Regenten befähigen, hohe Gewissenhaftigkeit, unwandelbaren Rechtssinn, unvergleichliches Wohlwollen für alle Menschen und vollkommene Sittenreinheit.“ Im Allgemeinen hielt sich der Prinz von Staatsgeschäften fern. Als Freund der Wissenschaft konnte er mit dem kirchlich-politischen System, das seit Abel's Berufung ins Ministerium zur Herrschaft gekommen war, unmöglich einverstanden sein. Es gereichte der protestantischen Bevölkerung Baierns zum Trost, daß sich Kronprinz M. gerade in jenen Tagen, da von allen Seiten Klagen über Beeinträchtigung der protestantischen Kirche laut wurden, mit einer Prinzessin aus dem preußischen Königshause vermählte. Im Sommer 1841 traf er auf einer Reise nach Norddeutschland zum erstenmal mit Marie, der Tochter des Prinzen Friedrich Wilhelm Karl von Preußen, in Darmstadt zusammen. Am 23. Februar 1842 verlobte er sich mit der Prinzessin; am 5. October fand zu Berlin die Procura-Vermählung statt, wobei Prinz Wilhelm von Preußen, der jetzige deutsche Kaiser, Stellvertreter des Bräutigams war, am 12. October die Trauung nach katholischem Ritus in der Allerheiligen-Kirche zu München. An die Hochzeit reihten sich die Eröffnung der Walhalla und die Grundsteinlegung zur Befreiungshalle, Feste von edelster nationaler Bedeutung, welchen König und Kronprinz beiwohnten. In der Burg zu Hohenschwangau verlebte fortan das neuvermählte Paar glückliche Tage, aber die noch heute im Nachlaß vorhandenen, überaus zahlreichen Excerpte, Frag- und Antwortbogen, Pläne zu Unternehmungen für Wissenschaft und Kunst u. s. w. beweisen, daß der Fürst seine Lehrzeit noch keineswegs als abgeschlossen betrachtete. Schon damals ließ er durch Baurath Metzger den Plan zu einem „Athenäum“, einem Institut zur Heranbildung der fähigsten jungen Baiern, ausarbeiten; die Meinung Bluntschli's, daß die erste Anregung von ihm ausgegangen

sei, beruht auf Irrthum. Von den übrigen weitsehenden Plänen des Prinzen sei nur derjenige einer Colonisation ausgedehnter Landstriche in der Türkei durch Deutsche hervorgehoben; der Prinz erbat sich dazu 1845 thatkräftigen Beistand des Königs von Preußen, aber dieser rieth ab, da die Colonisten in mahomedanischen Landen leicht dem Christenthum entfremdet werden könnten. Daß M. den Gang der Ereignisse in Baiern mit wachsamem Auge verfolgte, bewies er in den Tagen der Krisis, die aus der hochgehenden confessionellen Bewegung erwuchs. Als im Staatsrath, sowie in der ersten Kammer der Kampf gegen das herrschende System entbrannte, trat M. offen als Gegner Abel's auf und stimmte für die auf Schwächung des clerikalen Einflusses zielenden Anträge des Fürsten Karl Wrede. Friedrich Wilhelm fühlte sich gedrungen, für diesen Freimuth mit warmen Worten zu danken. „Jetzt weiß Bayern, ja Teutschland, was es von Dir zu erwarten hat!“ Auch der Historiker Schlosser schrieb in ähnlichem Sinne an den Prinzen, und M. antwortete: „Was an meiner schwachen Kraft liegt, das will ich, so lange ich lebe, daran setzen, um an Deutschlands verdunkeltem Horizont den rettenden Stern entdecken zu helfen.“ Rascher, als man damals vermuthen konnte, bot sich dem Prinzen Gelegenheit zum Beweise, daß er nicht bloß mit „verjährter Zeiten Bedeutsamkeit“, sondern auch den „Wünschen des Tages“ vertraut sei. Die Märzstürme des Jahres 1848 riefen ihn auf den Thron. Am 20. März 1848 legte Ludwig I. die Krone nieder; er fühlte, daß es ihm unmöglich sein werde, sich mit einem Constitutionalismus, wie ihn die neue Zeit forderte, abzufinden. Der Thronfolger theilte principiell den Standpunkt des Vaters, konnte sich aber nicht verhehlen, daß gegen die mächtige politische Bewegung, welche Fürsten und Völker neuen Geschicken entgegentrieb, Widerstand unmöglich, daß, um das Aeüßerste abzuwehren, eine Reform in volksfreundlichem Sinne unerläßlich sei. Wenn sich also der neue König bei Eröffnung des Landtags für liberale Grundsätze aussprach, so war es nicht so fast eine Kundgebung der eigenen Ueberzeugung, wie ein Versuch, die widerstreitende Ueberzeugung zu bezwingen und in die Bahnen der neuen Zeit einzulenken. Die Volkswünsche waren hauptsächlich auf Ausbildung des constitutionellen Systems im eigenen Lande und Mitwirkung der Regierung bei Schöpfung einer deutschen Reichsverfassung gerichtet. Beides wurde von dem am 25. März 1848 berufenen Ministerium Thon-Dittmer in Aussicht gestellt. Preßfreiheit, Ministerverantwortlichkeit, Schwurgerichte, Reform des Wahlgesetzes, Beeidigung der Armee auf die Verfassung wurden zugestanden. Das neue Wahlgesetz vom 4. Juni hob die Vertretung der grundherrlichen Gerichtsbarkeit und den Unterschied zwischen Stadt und Land, also die alte ständische Zusammensetzung auf; wichtige Befugnisse wurden den Kammern eingeräumt, die Gesetzgebungsausschüsse, welche für die weitere Entwicklung der Gesetzgebung unter M. so große Bedeutung gewinnen sollten, ins Leben gerufen u. s. w. „Ich bin stolz, mich einen constitutionellen König nennen zu können.“ „Mein Wahlspruch soll sein: Freiheit und Gesetzmäßigkeit!“ Weiter reichende Zugeständnisse sollten aber nicht mehr gemacht werden. In einer vertraulichen Unterredung, welche der König (6. Juli) dem Schweizer Bluntschli gewährte, bezeichnete er seine Politik ausdrücklich als „conservativ-liberal“; er habe bewilligt, was mit Recht gefordert wurde, wolle aber gegen unbillige Forderungen energisch einschreiten. Mehr Schwierigkeiten als die innere Reformthätigkeit bot die deutsche Frage. Allen war es klar, daß eine stärkere Centralgewalt von Nöthen, um endlich auch dem Deutschen ein

Vaterland zu geben, doch fehlte es ebenso an Kenntniß der einzuschlagenden Wege, wie an Opferwilligkeit. Die Ehre des deutschen Namens war auch für M. eine Herzenssorge; es erwies sich als leerer Klatsch, wenn man den König zeitweise undeutscher Rheinbundgelüste bezichtigte. Allein er hielt eine Mitwirkung an der Umwandlung Deutschlands in einen kaiserlichen Einheitsstaat für unvereinbar mit Rechten und Pflichten feines Königthums. Wenn er insbesondere einer Hegemonie Preußens sich zu erwehren trachtete, so geschah es in vollster Uebereinstimmung mit dem Volkswillen denn es galt in ganz Süddeutschland als etwas Ausgemachtes, daß der Schwerpunkt der Wehrkraft, wie der Volkswirtschaft Deutschlands im Süden, nicht im Norden liege. In Zusammenhang mit solcher Auffassung stand die „Triasidee“ des Königs, der Plan, neben den beiden großen Mächten Deutschlands einen Bund der Mittel- und Kleinstaaten unter Führung Baierns aufzurichten und die Centralgewalt einem dreigliedrigen Directorium zu übertragen. Mit Recht freilich wies schon damals Prinz Wilhelm von Preußen, den M. für solchen Vorschlag gewinnen wollte, darauf hin, daß dadurch nicht bloß die nöthige Raschheit von Entschließung und Ausführung in Frage gestellt, sondern auch die Besorgniß ganz und gar nicht gehoben werde, daß im Streitfall doch wieder nur der Wille des mächtigsten der Mitglieder entscheide. Den auf eine deutsche Volksvertretung gerichteten Bestrebungen trat die bayerische Regierung nicht feindselig entgegen, ja sie erließ zuerst unter den Bundesstaaten die Aufforderung zu Wahlen für das Frankfurter Parlament. Als durch Reichsgesetz vom 28. Juni einem Reichsverweser die oberste Executivgewalt zuerkannt und die Wahl auf Erzherzog Johann gefallen war, richtete M. an diesen ein Glückwunschsreiben und stellte ihm die bayerischen Truppen zur Verfügung. Bald trat jedoch zu Tage, daß die vom Parlament betonte Souveränität des deutschen Volkes mit den Lebensbedingungen der Fürstengewalt nicht vereinbar sei, und nun betheiligte sich auch M. an jenen Maßnahmen der Fürsten, welche den Sturz der soeben aufgerichteten Centralgewalt zur Folge haben mußten. Noch Anfangs September war M. mit der von Friedrich Wilhelm geplanten Gründung eines Fürsten- oder Königs-Collegiums, „welches mit der Centralgewalt die höchste Souveränität von Teutschland darstelle“, einverstanden und entwarf selbst den Plan eines „deutschen Staatenhauses“, welchen Friedrich Wilhelm als „Meisterstück“ begrüßte. Schon im nächsten Monat aber forderte der König von Preußen auf, „gegen die Usurpation der jetzigen und künftigen Centralgewalt und gegen die jetzige und künftige Nationalvertretung, gegen Haupt und Reichstag Front zu machen,“ und M. pflichtete dieser Anschauung bei. Am 1. December 1848 schied Thon-Dittmer aus dem Cabinet, weil er in wichtigen Fragen nicht mehr der Zustimmung des Monarchen sicher war. Bald darauf wurden die Wahlen zum erstenmal nach der neuen Wahlordnung vollzogen. Die Liberalen, welche sich von weiterer Ausdehnung des Wahlrechts große Vortheile versprochen hatten, sahen sich getäuscht, denn wenigstens in den altbayerischen Provinzen gewann das conservativ-ultramontane Element glänzenden Sieg. Die Thronrede vom 22. Januar 1849 war farblos; der Nationalversammlung und der Grundrechte des deutschen Volkes wurde gar nicht gedacht. Schon in den nächsten Tagen entspannen sich leidenschaftliche Kämpfe im Landtag. Das Ministerium, dessen schwankende Haltung keine Partei befriedigte, wurde entlassen, an die Spitze des neuen Cabinets, das jede Unterwerfung unter Beschlüsse der Reichsgewalt von vornherein verwarf, trat der bisherige Ministerpräsident des Königreichs

Sachsen, von der Pfordten. Der König schätzte die Geschäftsgewandtheit und den Scharfblick dieses Mannes ungemein hoch, aber der Staat zog aus dessen Diplomatenkünsten nicht die erhofften Vortheile. Das bairische Cabinet wirkte fortan offen gegen das Frankfurter Parlament, insgeheim gegen Preußen in Wien, gegen Oesterreich in Berlin, und nebenher in London und Paris. Auch M. selbst schrieb im März 1849 an den König von Sachsen, es sei an der Zeit, sowol der ohnehin nicht mehr lebensfähigen Frankfurter Versammlung durch einen Collectivschritt der deutschen Fürsten ein Ende zu machen, als auch gegen ein „Klein-Deutschland“ entschieden Front zu machen; Friedrich August mahnte aber, vorerst Alles zu unterlassen, was Preußen verletzen und der Demokratie in die Arme treiben könnte. Als am 28. März zu Frankfurt die Uebertragung der erblichen Kaiserwürde an den König von Preußen beschlossen wurde, richtete M. unmittelbar an Friedrich Wilhelm ein Schreiben, worin der Hoffnung Ausdruck gegeben war, Preußen werde die von der Demokratie gebotene Hand nicht annehmen: Friedrich Wilhelm gab die beruhigende Versicherung, die „inqualificable Frankfurter Deputation“ werde so empfangen werden, daß die deutschen Fürsten wol endlich ihr Mißtrauen ablegen könnten. Um so mehr sei es jetzt Pflicht der legitimen Regierungen, dem Monarchen des stärksten rein deutschen Staates als Commissär der rechtmäßigen Obrigkeiten eine provisorische Centralgewalt zu übertragen, damit nicht länger Erzherzog Johann als Commissär der Revolution eine unberechtigte Gewalt ausübe. Hiermit erklärte sich M. einverstanden, allein die Unterhandlungen nahmen rasch ein Ende, da es in Baden und in der bairischen Pfalz zu offenem Aufruhr kam. Damit war zu strengem Vorgehen gegen die bisher tonangebenden Politiker die Handhabe geboten. Der bairische Landtag wurde, als sich Stimmen gegen das particularistische Ministerium von der Pfordten erhoben, am 19. Juni aufgelöst; mit den politischen Processen, welche nach rascher Dämpfung der Unruhen in der Pfalz und in Franken nicht nur gegen die Theilnehmer, sondern auch gegen wirkliche und angebliche „Urheber“ des Aufstandes eingeleitet wurden, begann der Rückschlag auf die stürmische Bewegung des abgelaufenen Jahres. M. war nicht minder streng gegen Staatsverbrecher, als sein Vater, denn er sah darin eine politische Nothwendigkeit. „Wenn auch durch äußerste Strenge“, signirte er auf ein Begnadigungsgesuch, „sind Ordnung und Ruhe vor Allem herzustellen; Milde kann nicht gegen Einen obwalten, wo es sich um Pflichten gegen Viele handelt.“ Der im September 1849 eingerufene Landtag bot eine völlig veränderte Physiognomie; eine starke Mehrheit ging in allen Fragen Hand in Hand mit dem Ministerium. Die Thronrede selbst berührte zwar „das Bedürfniß nach einer neuen Gesamtverfassung Deutschlands“, aber diese Frage sollte eine interne Angelegenheit der Höfe bleiben. In Uebereinstimmung mit den Wünschen des Königs arbeitete von der Pfordten an einer Coalition der Mittelstaaten. Als aber die sogenannte Münchener Punctation vom 27. Februar 1850, wonach die Centralgewalt einem aus sieben Mitgliedern bestehenden Direktorium übertragen werden sollte, nicht die Billigung der preußischen Regierung fand, schloß sich Baiern enger an Oesterreich an, ja, man konnte häufig den Vorwurf hören, der bairische Minister sei österreichischer gesinnt als die österreichischen. M. selbst kam im October 1850 mit Kaiser Franz Josef zusammen. Bald darauf rückten bairische und österreichische Truppen in Kurhessen ein, um das Ministerium Hassenpflug im Kampfe gegen die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes zu unterstützen; es

folgte die für die trüben Zustände Deutschlands so charakteristische „Schlacht von Bronzell“. Es war gewiß eine merkwürdige Erscheinung, daß König M. vorwiegend norddeutsche Gelehrte und Poeten, welche an den deutschen Beruf Preußens glaubten und Toleranz und Geistesfreiheit forderten, um sich versammelte und, wie Bluntschli erzählt, mit der Idee eines Bundes der Aufgeklärten sich trug, gleichzeitig aber der österreichischen Regierung sich aufs Engste anschloß und dem „bewährten“ Metternich'schen Stabilitätssystem zu Liebe die ultramontanen Mächte im eigenen Lande gewähren ließ. Riehl glaubt für den auffälligen Dualismus, der auch in zwei Personen, Dönniges und Pfordten, verkörpert war, in den Regierungsgrundsätzen des Königs die Erklärung zu finden. „Er faßte sich gleichsam als eine doppelte Person und gestattete seiner einen Hälfte mehr Initiative des Handelns als der anderen. In jener Culturpolitik, die er unabhängig von Ministern und Kammern, lediglich traft seiner persönlichen Autorität und seiner privaten Geldmittel verfolgen konnte, gab er ganz sich selbst und ging entschieden vor nach der Eingabe seiner eigensten Ueberzeugung; bei Staatshandlungen hingegen, wo die Kompetenz verschiedener Gewalten in Frage kam — wie eben auch angesichts der Kirche — oder wo es einen Act der Gesetzgebung galt oder die Uebung eines Hoheitsrechtes im engeren Wortsinne, glaubte er als constitutioneller Fürst vielmehr die verantwortlichen Minister gewähren lassen zu müssen, in welchen er keineswegs immer sich selber wiederfand; nicht Unentschlossenheit, sondern Gewissenhaftigkeit brachte ihn zu dieser Maxime, die er selbst gewiß oft nur mit schwerem Kampfe durchführte.“ Aus Bluntschli's Aufzeichnungen erfährt man, daß die Lieblinge des Königs nicht selten scharfe Angriffe gegen die reactionäre Politik des Ministeriums richteten, allein der Monarch betonte, um der Erhaltung willen müsse man lieber auf die Verbesserung verzichten, und verwies gegenüber der modernen Auffassung des Constitutionalismus auf die religiöse Begründung der Staatsidee, die ihn Schelling gelehrt hatte. Uebrigens trat Baiern, obwol namentlich seit Eintritt des Grafen Reigersberg ins Ministerium übertriebene Bevormundung und kleinliche Plackereien zu gerechten Klagen|Anlaß boten, auch in dieser Periode aus der Bahn einer vorwärts schreitenden Entwicklung nicht ganz heraus. Am Princip der Gleichberechtigung aller Confessionen hielt M. unerschütterlich fest. Er glaubte, daß gerade Baiern, wo die örtliche Mischung der Bekenntnisse am auffälligsten hervortrete, ein Beispiel geben müsse, wie vollständige Gleichheit der Rechte beider Theile zu wahren sei, und am Grabe des Königs konnte als dessen eigenstes Verdienst gerühmt werden, daß sich Baiern eines ungetrübten religiösen Friedens erfreue. Auch die Verfassung durfte nicht angetastet werden. Zwar trat einmal, wie schon erwähnt wurde, an den König die Versuchung eines Staatsstreiches heran; Bluntschli erzählt von einem Gutachten, wonach der König mit Rücksicht auf die anwachsende revolutionäre Bewegung des Eides auf die Verfassung entbunden sei, aber gerade der Glaube an die göttliche Mission des Königthums hielt ihn von jeglicher Octroirung und gewaltsamen Unterbrechung des Verfassungsrechts zurück. Die Zeit der Reaction in den Fünfziger Jahren war zugleich eine Zeit der Vorarbeit, der wissenschaftlichen, künstlerischen, ökonomischen und socialen Reform. Die Rechtspflege wurde in einheitlichem und humanem Sinn verbessert, die Verwaltung vereinfacht, auf rationelle Landwirthschaft durch praktische Gesetze glücklich eingewirkt. Die eigentliche Bedeutung der Regierung Maximilians II. liegt aber in seinem Einfluß auf die geistige

Entwicklung des Volkes. Wie er selbst unermüdlich sein Denken und Wissen zu erweitern, sein Empfinden zu veredeln trachtete, war ihm auch die Aufklärung feines Volkes eine Herzenssorge. Er rief aus allen deutschen Gauen Dichter und Gelehrte zu sich, aber sein Hof sollte nur den Boden gewähren, die Frucht wollte er mit der Nation theilen. „Er wollte“, sagt Döllinger, „der nachwachsenden Generation eine Schule eröffnen, welche dann später aus den eigenen einheimischen Kräften sich erhalten und ergänzen könnte, er wollte zugleich jene geistigen Kräfte wecken und beleben, an welchen der bairische Volksstamm keineswegs arm ist, welche aber freilich nur allzu oft schlummern oder unentfaltet und ungebraucht allmählig verkümmern.“ Diese Absicht des Königs wurde aber in weiten Kreisen des Volkes verkannt. Auch nicht die strengsten Regierungsmaßregeln riefen so tiefgreifende Mißstimmung hervor, wie die Berufung zahlreicher, meist protestantischer „Ausländer“ an den Hof und die Münchner Universität. Die einheimischen Lehrer fühlten sich zurückgesetzt, auch wurden im Großen und Ganzen die „norddeutschen Einflüsse“ auf den König weit überschätzt. Heute ist man sich längst darüber klar, welchen Gewinn die Ansiedlung von wirklichen Meistern der Wissenschaft und Kunst für Stadt und Land gebracht hat, und die Kluft zwischen den Eingebornen und der „Fremdencolonie“ ist längst überbrückt. Damals aber wurde das Hereinziehen eines neuen Culturelements auch von manchem Wohlwollenden als „Gefahr“, das allzu selbstbewußte Auftreten des Einen und Andern als unerträgliche Demüthigung empfunden. Auch über die sogenannten „Symposien“, Gesellschaftsabende in einem Rococozimmer der Residenz, zu denen der königliche Freund edler geistiger Genüsse allwöchentlich an Dichter und Gelehrte Einladung ergehen ließ, herrschten irrige Vorstellungen. Anfangs war es ein Dichterkreis. Geibel, Heyse, Schack, Bodenstedt, von den Einheimischen Kobell und Graf Pocci waren die ständigen Gäste. Mit Liebig kam ein lehrhaftes Element hinzu, dasselbe gewann mehr und mehr das Uebergewicht, und schließlich war es eine gelehrte Tafelrunde, die sich um den König sammelte. Sybel, Riehl, Thiersch, Carriere, Siebold, Bischofs, Gietl, Schafhüttl, Dollmann, Löher, Pettenkofer, Hermann u. A., einige Cavaliere des königlichen Dienstes, Spruner und von der Tann, auch Kaulbach, Piloty und Klenze gehörten ihr an. Sowol in Vorträgen, als in zwanglosem Gespräch wurden Fragen aus den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft erörtert, Jeder genoß das Recht freier Meinungsäußerung, und Jeder fand beim König unermüdliche Aufmerksamkeit und unparteiisches Urtheil. Ueber wissenschaftliche Fragen, welche ihn besonders anregten, pflegte er auch schriftliche Gutachten, „die Quintessenz“, zu verlangen. In seinem Nachlaß befinden sich Tausende von solchen Gutachten, Bücherausügen, Recensionen u. s. w. Auch auf Reisen pflegte der König ein paar Genossen seiner Tafelrunde um sich zu haben; von einer solchen „Königsreise“, einer reizvollen Wanderung im Sommer 1858, die sich auf das ganze bairische Alpenland von Lindau bis Berchtesgaden erstreckte, hat Bodenstedt ein lebenswürdiges Bild entworfen. Im anregenden Verkehr mit seinen Gästen gewann der König mehr und mehr die Ueberzeugung, daß Baiern, das seit dem westfälischen Frieden unverhältnißmäßig geringen Antheil am geistigen Aufschwung der deutschen Nation genommen hatte, eine Ehrenschild einzulösen habe. Durch Förderung der Wissenschaften hoffte er dem geistigen Leben im eigenen Lande rascheren Puls und neue Impulse zu geben. Wie kein anderer Fürst hatte er für diese Zwecke freigebige Hand und weiten Blick. Zahlreiche, zum Theil



großartige wissenschaftliche Unternehmungen wurden „mit persönlicher Liebe und mit persönlichen Opfern“ ins Leben gerufen. Es sei hier nur an zwei der Akademie der Wissenschaften eingefügte Commissionen, wenn ihre Gründung auch erst in die späteren Regierungsjahre des Monarchen fällt, erinnert, die naturwissenschaftlich-technische, die dafür sorgen sollte, daß auch auf dem weiten Gebiete der Technik methodische Forschung und Kritik Platz greife, und die historische, die ein Mittelpunkt für die deutsche Geschichtsforschung werden sollte. „Die Geschichte“, sagt Doellinger, „war der Geistesrichtung des Königs am meisten verwandt.“ Das irenische Element der Geschichte war's, was ihm diese Wissenschaft vor allen theuer machte. Ranke nach München zu ziehn, war sein herzlichster Wunsch. Friedrich Wilhelm, dem königlichen Freunde nachempfindend, gelobte „Passivität“, und so erging denn im März 1853 an den großen Historiker die Einladung. Nun nahm zwar Ranke den Ruf nicht selber an, bewirkte aber, daß sein bedeutendster Schüler, Sybel, 1856 an die Münchner Universität berufen wurde. Auch war Ranke allzeit dem König bei seinen wissenschaftlichen Unternehmungen mit Rath und That behilflich. Auf Ranke's Anregung kam die Stiftung einer Akademie, in welcher die maßgebenden Vertreter historischer Studien von ganz Deutschland zusammenwirken sollten, zu Stande. Die seither von der „Historischen Commission“ herausgegebenen Werke — auch die Allgemeine Deutsche Biographie darf den wichtigsten Unternehmungen beigezählt werden — liefern den Beweis, daß diese Schöpfung des bairischen Königs in der That dem deutschen Nationalwerk der Monumenta Germaniae historica ebenbürtig zur Seite steht. „Ja, es waren gute Tage,“ — mit diesen Dankesworten beschließt Sybel in der nach fünfundzwanzigjähriger Wirksamkeit der Commission erschienenen Festschrift die Darstellung der ersten Unternehmungen. — „in denen wir unter der Leitung unseres geliebten Altmeisters im Sonnenschein fast unbegrenzter Hoffnungen die Keime zu so vielen fruchtbaren Schöpfungen pflanzen durften. Gesegnet sei das Andenken des huldreichen Fürsten, dessen ideale Gesinnung uns den Boden dafür bereitete und schirmte, der, ein strenger und sparsamer Haushalter, für jedes geistige Streben reiche Mittel bereit hielt, und während er sich selbst niemals genug that, jedes Wirken der durch ihn vereinten Arbeiter mit dem Ausdrucke dankbaren Wohlwollens belohnte und dadurch zu immer gesteigerter Regsamkeit anspornte.“ Es mindert weder den Werth solcher Friedenswerke, noch das Verdienst des Stifters, daß auch ein politisches Motiv maßgebend war: durch liebevolle Culturpflege wollte der König die Berechtigung einer Mittelmacht, wie Baiern es war, darthun und deren Ansehen kräftigen und heben. Er „sah seine private Bildungspflege“, sagt Riehl, „als mit seiner bairischen und deutschen Politik unlösbar verbunden an“, und edelster Ehrgeiz ließ ihn glauben, daß er nicht bloß für Baiern, sondern durch Baiern für Deutschland eine besondere Culturmission zu erfüllen habe.

Ein Umschwung der äußeren Politik schien sich im Jahre 1852 vorzubereiten. Namentlich der Eifer Baierns für Aufnahme Oesterreichs in den Zollverein reizte Preußen zur Kündigung des Zollvertrags. Die Fortdauer des Zollvereins war ernstlich gefährdet. Nun richtete wieder Friedrich Wilhelm an M. selbst ein dringliches Mahnwort. Die deutschen Fürsten, legte er dar, seien die Erhaltung des Vereins nicht nur der materiellen Wohlfahrt ihrer Völker schuldig, sondern es sei auch eine nationale Pflicht, gerade in der Zeit, da der Präsident der

französischen Republik das alte Schlagwort von den natürlichen Grenzen Frankreichs hervorsuche, nicht das letzte Einigungsband der Deutschen zu zerreißen. Wirklich wies M. unmittelbar nach Empfang dieses Schreibens den widerstrebenden Minister an, für den Fortbestand des Zollvereins in seiner bisherigen Gestalt einzutreten, um nicht dem Nachbar „das traurige und wenig Achtung einflößende Bild unserer eigenen Zerrissenheit zu gewähren“. Im Juli 1853 ging M. selbst nach Berlin, um sich mit Friedrich Wilhelm zu verständigen, welche Haltung die deutschen Cabineten gegenüber dem Kreuzzugsmanifest des Zaren beobachten sollten. Friedrich Wilhelm weihte auch in der Folge den königlichen Freund in die vor Ausbruch des Krieges zwischen den Großmächten gepflogenen Verhandlungen ein. Dem Wunsche des Oheims entsprechend verwandte sich M. in Wien nachdrücklich dafür, daß man über dem Conflict im Osten nicht die von Frankreich drohende Gefahr vergesse: ein großes Centrum im Herzen Europa's werde mit gemeinsamen Kräften im Osten, wie im Westen Frieden dictiren können. In das im April 1854 zwischen Oesterreich und Preußen geschlossene Schutz- und Trutzbündniß trat jedoch Baiern nicht ein, sondern die leitenden Minister der Mittelstaaten, die in Bamberg zu einer Conferenz zusammentraten, hofften durchzusetzen, daß dem Deutschen Bund als einer selbständigen Großmacht Sitz und Stimme im Friedenscongreß eingeräumt werde. Da jedoch den kleineren Staaten eine leitende Stellung Baierns nicht sympathisch war, gelangte auch diesmal das Triasprogramm nicht zur Ausführung. Aber auch das einträchtige Zusammengehen der deutschen Großmächte war nicht von langer Dauer, schon im Herbst 1854 war das Bündniß zerrissen, und es wäre vielleicht zu offenem Streit gekommen, wenn nicht M. in Wien für Annahme der russischen Anerbietungen mit Erfolg gewirkt hätte. Inzwischen hatte sich in Baiern ein heftiger Kampf zwischen der zweiten Kammer und dem Ministerium entsponnen. Von den zu Armeezwecken geforderten Summen wurde kaum die Hälfte bewilligt, der Entwurf eines neuen Wahlgesetzes abgelehnt, dagegen Trennung von Justiz und Verwaltung, sowie Festsetzung kürzerer Finanzperioden stürmisch gefordert. Weder durch Auflösung der Kammer, noch durch verschärftes Einschreiten gegen Presse und Vereinswesen war die Bildung einer gefügigeren Kammer zu erreichen, Mißstimmung drang in immer weitere Volkskreise. Das schroffe Vorgehen der Regierung gegen den Landtagsausschuß, der eine neue Strafgesetzgebung vorbereiten sollte, führte zu offenem Bruch. Nicht bloß wurde der Ausschuß im März 1858 aufgelöst, sondern auch der Referent Dr. Weis, Professor des Staatsrechts in Würzburg, zur Strafe als Appellationsgerichtsrath nach Eichstädt versetzt. Als bald darauf der Landtag wieder eröffnet wurde, wählte die zweite Kammer demonstrativ den gemäßregelten Staatsdiener zum Präsidenten. Umsonst wurde der Landtag abermals aufgelöst, auch die neue Volksvertretung hielt an dem mißliebigen Präsidenten fest. In einer von der Mehrheit an den König gerichteten Adresse wurde dem Groll und dem Mißtrauen gegen den Kronrath offen Ausdruck gegeben. Den König verletzte solleidenschaftlicher Widerstand aufs Tiefste. Er weigerte sich, die Adresse anzunehmen. Der Landtag wurde (26. März 1858) neuerdings vertagt, und die Abschiedsworte des Königs ließen dessen schmerzliche Erregtheit erkennen. Schon der nächste Tag aber brachte die überraschende Kunde, daß von der Pfordten seines Ministerpostens enthoben und zum Bundestagsgesandten ernannt sei. Am 9. April wurde ein neues Cabinet mit Neumayer als Minister des Innern und v. Schrenck als Minister des königlichen Hauses und des Auswärtigen berufen.

Es wurde bekannt, daß der König nach schwerem Kampf sich selbst diese Nachgiebigkeit abgerungen und seinen Entschluß mit den schönen Worten begründet habe: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke!“ Auf ganz falschen Voraussetzungen beruht die da und dort ausgesprochene Vermuthung, der König habe sich — etwa in Folge zunehmender Kränklichkeit — durch eine Anwandlung von Quietismus bewegen lassen; alle Eingeweihten stimmen darin überein, daß er durch Unterordnung des eigenen Willens unter das Gebot der constitutionellen Staatsform eine peinliche, aber unabweisbare Pflicht zu erfüllen glaubte. Riehl bezeichnet diesen Act der Selbstüberwindung geradezu als „den tragischen Conflict im Leben des Königs“. Als bald darauf der Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich ausbrach, beehrte die Mehrheit des bairischen Volkes, in Aufrechthaltung der österreichischen Herrschaft in Italien eine Ehrensache Deutschlands erblickend, daß die Regierung sich unverzüglich bereit erkläre, Bundeshilfe zu leisten. Auch M. wünschte Zusammengehen mit Oesterreich, aber zu entschiedenem Vorgehen konnten sich auch diesmal die in München und Würzburg tagenden Vertreter der Mittelstaaten nicht einigen. Um diese Zeit stellte der Abgeordnete Völk in der Kammer den Antrag, die Regierung möge auf Reform der Bundesverfassung und Bildung einer starken Centralgewalt mit Volksvertretung hinwirken. Zwar wurde die Forderung im Landtag abgelehnt, doch die Rührigkeit der Minorität beunruhigte den König. Er wurde sogar irre an den litterarischen Bundesgenossen, die er selbst nach München berufen hatte. Sybel, der anerkannte Stimmführer der Fremdencolonie, wurde zu politischem Glaubensbekenntniß aufgefordert. Als ein Memorandum, das die Aussichtslosigkeit der großdeutschen Idee betonte, beim König ungnädige Aufnahme fand, verzichtete Sybel auf sein Lehramt und verließ das Land; Bluntschli folgte seinem Beispiel, Dönniges war schon früher mit einem auswärtigen diplomatischen Posten betraut worden. Die Symposien wurden seltener, die litterarischen Unternehmungen eingeschränkt. Im Lande gewann diese Entsagung auf innerste Neigungen dem König auch die bisher spröden Herzen, denn von der Mehrheit des Volkes waren die „gothaischen“ Rathgeber gefürchtet. Außerhalb Baierns aber genoß M. wegen seiner streng constitutionellen Haltung wie kein Anderer den Ruf eines volksthümlichen Fürsten. „Ob König Max“, sagt Riehl, „nicht dennoch eigentlich das Bedeutendste und Eigenste, was die volle Signatur seines Charakters giebt, geleistet hat in jener früheren Periode, wo er es fast keinem Menschen recht machte, aber seinen eigenen Idealen rastlos zu Dank arbeitete, das wird das Urtheil einer späteren Zeit entscheiden.“ — Eine Königspflicht erblickte M. auch in der Pflege der Kunst. Ein künstlerisches Problem beschäftigte ihn ganz bebesonders; er wünschte nämlich, daß ein neuer Baustil, der das charakteristische Gepräge unserer Zeit trüge, gefunden werde. Schon bald nach 1850 war für ein zur Aufnahme einer höheren Bildungsanstalt bestimmtes großartiges Gebäude eine Preisconcurrentz eröffnet worden, um den lebenden Architekten „neuen Anlaß und Gelegenheit zu bieten, bei diesem Ringen der Gegenwart nach einer nationalen Neugestaltung der Architektur ihren Neigungen und Kräften gemäß sich zu betheiligen“. Ein Berliner Architekt, Wilhelm Stier, erhielt den Preis, aber der von ihm entworfene Plan wurde bei Erbauung des Maximilianeums, das die vom Könige projectirte neue Straßenanlage krönen sollte, nicht zu Grunde gelegt. Nach Ansicht des königlichen Bauherrn war auch hierbei von den bekannten Baustilen nicht in erwünschtem Maß Umgang genommen. Die Idee des Königs wurde

heftig angegriffen, — der kunstsinnige Vater spottet über die Bauten in der Maximiliansstraße in einem Briefe an Wagner: „Neu ist der Styl; daß er noch nicht war, ist gut!“ — von anderer Seite lebhaft begrüßt. Friedrich Wilhelm sandte dem Neffen 1852 selbstentworfene Riffe, auf welchen die Formen der bairischen Gebirgshäuser für monumentale Steinbauten angewendet waren. „Der neue Styl verhielte sich zum Styl der bayerischen Hochlandshäuser, wie der vollendete griechisch-klassische Styl zu dem des ursprünglichen Holzbaues der altgriechischen Wohnhäuser.“ Eines glücklichen Erfolgs hatte sich die anbefohlene Suche nach Neuem und Zeitgemäßem nicht zu erfreuen. Den einzelnen Gebäuden der Maximiliansstraße ist weder günstige decorative Wirkung nachzurühmen, noch werden dieselben den praktischen Anforderungen gerecht. Immerhin war es eine dankenswerthe Idee, den Fluß durch eine mit Blumen und Bäumen ausgestattete Promenade mit dem Herzen der Stadt in unmittelbare Verbindung zu setzen, und die englischen Anlagen, welche der Isar weithin das Geleite geben, sind ein herrliches Geschenk des königlichen Naturfreundes. Eine großartige Schöpfung ist das Nationalmuseum, eine Sammlung der geschichtlichen und künstlerischen Schätze der im Königreich Baiern vereinigten deutschen Stämme von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart; weder das Hotel de Cluny zu Paris, noch das Kensingtonmuseum in London haben so reiches Material zum Studium von Kunst und Sitte der Vergangenheit zu bieten. Weniger glücklich war die schon berührte Gründung des Athenäums oder Maximilianeums, eines Instituts zur Heranbildung der besten Talente zu staatsmännischer Wirksamkeit; jedenfalls wäre Hebung der in Baiern darniederliegenden Mittelschulen nothwendiger und ersprießlicher gewesen. Ein auf der Höhe bei Neuberghausen errichtetes Pensionat für Töchter unbemittelter Beamten und viele andere Anstalten und Stiftungen sind ehrende Denkmäler der Großmuth und der Mildthätigkeit des Fürsten. Die projectirte Anlage von zahlreichen Familienhäusern für Arbeiter nach Art der „Fuggerei“ kam nicht mehr zur Ausführung. Die eigene Hofhaltung des Monarchen war einfach, ohne königlicher Würde zu entbehren. Unmittelbar an seine Wohnräume stieß ein Gemach, welches er sich als ungestörtes Asyl für eigenen Gebrauch vorbehielt; den schlichten Schmuck bildeten Porträts und Büsten pflichttreuer Regenten und der Sarg, der die sterbliche Hülle des Könige aufnehmen sollte. Zu diesen stummen und doch beredten Rathgebern pflegte sich M., wenn schwierige Fragen ihn beunruhigten, zurückzuziehen. — Im Juni 1860 wurde M. vom Prinzregenten von Preußen eingeladen, an einem Congreß deutscher Fürsten zu Baden-Baden Theil zu nehmen; auch Kaiser Napoleon habe sein Erscheinen zugesagt, um „der unsinnigen Furcht Deutschlands vor einer Invasion oder Annexion ein Ende zu machen“. „Jedenfalls wird“, schrieb Prinz Wilhelm, „wenn wir gemeinschaftlich mit Napoleon in dieser Beziehung uns unterhalten, sein Gelüste auf das linke Rheinufer vergehen.“ In diesem Sinne, als Friedens- und Eintrachtskundgebung ist der vielbesprochene Baden-Badener Congreß aufzufassen. „Er soll“, schrieb M. an den König von Württemberg. „Deutschland und Europa Zeugniß geben, wie einig wir sind, wenn es die Abwehr einer gemeinsamen Gefahr gilt.“ Im Uebrigen freilich gingen Anschauungen und Pläne der deutschen Regierungen weit auseinander. Als M. im Juli 1860 neuerdings den Versuch machte, das Berliner Cabinet mit seiner Triasidee zu befreunden, wurde ihm eröffnet, daß sich auch der Kaiser von Oesterreich zu Teplitz gegen eine Dreitheilung der Centralgewalt und für die Einheit des Commando ausgesprochen habe.

Einheitliche Leitung schien aber weder der Regierung, noch der Mehrheit der Kammern in Baiern annehmbar; die Regierung verwarf die von Preußen angeregte Idee eines engeren Bundesstaates und glaubte uneigennützigere Freundschaft bei Oesterreich zu finden, dessen Reformpläne nicht über die Schranken eines Staatenbundes hinausreichten. Ernsteres Zerwürfniß brachte der Abschluß des preußisch-französischen Handelsvertrags. Derselbe bedeutete eine Annäherung an die Freihandelspolitik der Westmächte, aber der Gegensatz der schutzzöllnerischen Richtung bedeutete wenig neben den politischen, dynastischen und sogar confessionellen Elementen, die sich in den Streit mischten. M. stellte sich auf Seite Oesterreichs, das seine Handelsinteressen verletzt glaubte, und sprach in der Thronrede vom 23. Juni 1862 die Befürchtung aus, daß jener Vertrag nicht blos materiellen Schaden bringen, sondern sogar die Unabhängigkeit Baierns gefährden könnte. Nur wenige Volksvertreter bezeichneten die von Preußen angedrohte Auflösung des Zollvereins als ein nationales Unglück, die große Mehrheit war mit der Haltung der Regierung einverstanden. Im August lehnte Baiern gleich den meisten deutschen Staaten den Beitritt zum preußisch-französischen Handelsvertrag ab, Preußen antwortete mit Kündigung des Zollvertrags. Ganz Deutschland war in zwei Lager gespalten. Der Abgeordnetentag zu Weimar wollte am Zollverein um der nationalen Bedeutung willen unter allen Umständen festgehalten wissen, eine großdeutsche Versammlung zu Frankfurt a. M. belobte die gegen Preußen frondirenden Regierungen. M. selbst theilte solche Entschiedenheit der Ueberzeugung nicht. Während im October der Handelstag in München versammelt war, drang eine Aeußerung des Königs ins Publikum, er könne eine Auflösung des Zollvereins nur beklagen, hoffe aber, daß die Mittelstaaten durch entschiedenes Auftreten Preußen zu einer Aenderung seiner Bundes- und Handelspolitik bestimmen würden.

Da die Volksstimmung fast im ganzen Bundesgebiet Preußens Haltung verurtheilte und in Preußen selbst die liberalen Parteien das Ministerium Bismarck heftig bekämpften, glaubte das österreichische Cabinet einen entscheidenden Schritt in der deutschen Verfassungsfrage wagen zu dürfen. Kaiser Franz Joseph besuchte zunächst den König von Baiern in Regensburg, und die Frucht dieser Zusammenkunft war die Einladung sämmtlicher deutscher Fürsten zum Frankfurter Congreß. Auch König M. begab sich dahin und hatte sich in der Mainstadt der herzlichsten Ausnahme von Seite der Bürgerschaft zu erfreuen. Der vom Wiener Cabinet ausgearbeitete Entwurf einer Reformacte des deutschen Bundes, der auf die Idee eines Directoriums von fünf Mitgliedern sammt Bundesrath und Abgeordnetenhaus zurückgriff, begünstigte Baiern insofern, als zwar Oesterreich ein- für allemal den Vorsitz führen, im Uebrigen aber einfache Stimmenmehrheit entscheiden sollte, so daß die Großmacht Preußen mit den übrigen Königreichen auf eine Stufe gestellt war. An diesem Mißverhältniß mußte der Versuch scheitern. In Frankfurt aber herrschte noch festlich gehobene Stimmung, und als im ehrwürdigen Kaisersaal Franz Josef unter Josefs II. Bild Platz nahm und rings um ihn die Könige von Baiern und Sachsen und viele andere Fürsten sich gruppirten, Alle einträchtiges Zusammenwirken in deutschem Geist und deutscher Treue gelobend, schien das großdeutsche Ideal der Verwirklichung nahe gerückt zu sein. Von Frankfurt heimgekehrt, gab der König, dem die Münchner Bevölkerung glänzenden Empfang bereitet hatte, freudig bewegt der Hoffnung Ausdruck, daß der

Frankfurter Tag eine glückliche Umgestaltung der deutschen Verhältnisse einleiten und durch die Modificationen des österreichischen Reformprojectes, an welchen er selbst wesentlichen Antheil habe, auch Preußen der Beitritt ermöglicht werde. Im October 1863 reiste M., da die Aerzte dringend Aufenthalt in wärmerem Klima anriethen, über Marseille und Nizza nach Rom. Es sollte ihm aber nicht vergönnt sein, im friedlichen Asyl der Villa Malta zu genesen. Die schleswig-holsteinsche Frage rief wieder wie vor fünfzehn Jahren eine stürmische nationale Bewegung wach. Die große Mehrheit des deutschen Volkes heischte von den Regierungen Anerkennung des Herzogs Friedrich von Augustenburg, der nach herkömmlichem deutschen Fürstenrecht, wenn auch im Widerspruch mit den dänischen Hausgesetzen und dem Londoner Vertrag den Thron der vereinigten Herzogthümer beanspruchte. In München sprachen sich Volksversammlungen in diesem Sinne aus, und die Gemeindecolliegen erachteten sogar für nothwendig, den König um schleunige Rückkehr nach der Hauptstadt zu ersuchen. Und der pflichttreue Monarch, der Warnung der Aerzte nicht achtend, erklärte sich sofort bereit, der Bitte seines Volkes zu willfahren. „Ich kehre unverweilt in meine treue Hauptstadt zurück“, erwiderte er, „obwohl meine Gesundheit das Gegentheil wünschenswerth macht, eingedenk meiner Regentenpflicht, die ich stets über Alles stellte“. Zu dem in Rom anwesenden Baron Wendland äußerte er: „Mein Volk ahnt gar nicht, welches Opfer ich ihm bringe“. Am 15. December langte er in München an. Eingedenk seines Lehrers Dahlmann, des begeisterten Anwalts der schleswig-holsteinschen Sache, wünschte auch M. sehnlich, daß die günstige Gelegenheit, die Herzogthümer als ein selbständiges Ganzes mit Deutschland zu vereinen, nicht verloren gehe. Am 17. December richtete er an Minister v. Schrenck ein Handbillet, worin er die Weigerung, dem Londoner Vertrag beizutreten, aufs Bündigste wiederholte und sein Cabinet anwies, für die berechtigten Erbsprüche der augustenburgischen Linie mit allen Kräften einzutreten. Bald darauf kam Herzog Friedrich selbst nach München, und die begeisterten Ovationen der Bevölkerung waren dem König ein erfreulicher Beweis der Uebereinstimmung mit den Volkswünschen. Allein die schroffe Erklärung der deutschen Großmächte zu Gunsten des Londoner Protocolls ließ nicht zweifelhaft, auf welche Hindernisse eine Initiative im Sinne der öffentlichen Meinung stoßen werde. M. sah sich in eine schwere Krise gedrängt. Die Volksstimme forderte energisches, selbständiges Vorgehen, und M. selbst, von der Berechtigung dieser Wünsche überzeugt, erblickte in der ablehnenden Haltung der deutschen Vormächte eine unerträgliche Demüthigung; andererseits konnte er sich nicht verhehlen, daß nicht das Recht sondern die Macht entscheiden werde, daß mit Sympathien keine Schlachten zu gewinnen seien, daß er, für den fremden Stamm eintretend, den eigenen Staat gefährden könnte. Im Januar 1864 kam eine Deputation aus Schleswig-Holstein nach München, um dem König für die bisher den meerumschlungenen Landen erwiesenen Dienste zu danken und um beharrliche Unterstützung der augustenburgischen Erbfolge zu bitten. Den „ihr Recht aufs Recht Fordernden“ wurde in München enthusiastische Aufnahme zu Theil, auch König M. gab ihnen die freundschaftlichsten Versicherungen, aber auch der entschiedenste Protest des bairischen Bundestagsgesandten war ohnmächtig gegen den Willen der Großmächte, die „in Anbetracht ihrer Stellung“ die Angelegenheit nach eigenem Ermessen zu ordnen beschlossen. Jetzt, riefen heißblütige Patrioten und flüsterten Vertreter auswärtiger „befreundeter“ Mächte, sei der

Augenblick gekommen, dem von der nationalen Bewegung getragenen Baiern die von König M. angestrebte Machtstellung zu erkämpfen. Dagegen war das österreichische Cabinet eifrig bemüht, den König von übereilten Schritten zurückzuhalten und zur Nachgiebigkeit gegen die Großmächte zu belehren. Täglich gab es anstrengende, aufregende Conferenzen; die politische Frage war dem König eine Herzenssorge geworden; Tag und Nacht brütete er über Plänen, Zweifeln, Wünschen, Besorgnissen. Diesen Reibungen und Aufregungen war der schwache Körper nicht gewachsen. Am 8. März 1864 erkrankte, zwei Tage später verschied der König, aufrichtig betrauert von seinem Volke, das in ihm einen gerechten und gewissenhaften Regenten, einen Schirmherrn jedes geistigen Strebens verlor.

### **Literatur**

Hauff, Leben und Wirken Maximilians II., 1864. — Venanz Müller. Maximilian II., K. v. B., 1864. —  
Döllinger, K. M. II. und die Wissenschaft. 1864. —  
Söttl, M. II., K. v. B. 2. Aufl., 1867. —  
Riehl, König M. II. v. B., im Histor. Taschenbuch. Ihgg. 1872. —  
Bodenstedt, Eines Königs Reise, 1879. — Handschriftl. Material.

### **Autor**

*Heigel.*

### **Empfohlene Zitierweise**

Heigel, Karl Theodor von, „Maximilian II.“, in: Allgemeine Deutsche Biographie (1885), S. [Onlinefassung]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118579347.html>

---

1. Dezember 2020

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

---